

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal, pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Filialabonnements für die Vereinigten Staaten:  
H. K. Sörgt,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Pönnicker,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Erst 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
In Leipzig nehmen Bestellungen an:  
Expedition, Döbstraße 4.  
die Genossenschafts-Verlagerei, Zeilstraße 44.  
Gebel, Peterstraße 18.  
Müller, Bayerstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 16.

Sonntag, 22. Februar.

1873.

## Nachtrag über Proudhon und die Wohnungsfrage.

Von Friedrich Engels.

IV.

So viel Schreiberei war nötig, um durch die mannichfachen Ausflüchte und Windungen Mülbergers hindurch endlich auf die Sache selbst zu kommen, die M. in seiner Antwort sorgfältig zu berühren vermeidet.

Was hatte Mülberger in seiner Abhandlung Positives gesagt? Erstens, „der Unterschied zwischen dem ursprünglichen Kostenpreis eines Hauses, Bauplatzes u. s. w. und seinem heutigen Werth“ gehöre von Rechts wegen der Gesellschaft. Dieser Unterschied heißt in ökonomischer Sprache Grundrente. Diese will Proudhon ebenfalls der Gesellschaft zueignen, wie man in *Idée générale de la Révolution*, Ausgabe 1868, S. 219, lesen kann.

Zweitens, die Lösung der Wohnungsfrage bestehe darin, daß Jeder, statt Miether, Eigentümer seiner Wohnung wird.

Drittens, diese Lösung vollzieht sich, indem man die Mietzahlungen durch ein Gesetz in Abzahlungen auf den Kaufpreis der Wohnung verwandelt. — Diese Punkte 2 und 3 sind beide aus Proudhon entlehnt, wie Jedermann in *Idée générale de la Révolution*, S. 199 u. folgende ersieht, und wo sich sogar S. 203 der betreffende Gesetzentwurf fertig redigiert vorfindet.

Viertens, daß die Produktivität des Kapitals bei den Hörnern gefast wird durch ein Uebergangsgesetz, wodurch der Zinsfuß vorläufig auf 1 pCt., vorbehaltlich späterer weiterer Erniedrigung, herabgesetzt wird. Dies ist ebenfalls aus Proudhon entlehnt, wie *Idée générale* S. 182—186 ausführlich zu lesen.

Ich habe bei jedem dieser Punkte die Stelle bei Proudhon citirt, worin sich das Original der Mülberger'schen Kopie findet, und frage nun, ob ich berechtigt war, den Verfasser eines durch- und durch proudhonistischen und nicht als proudhonistische Anschauungen enthaltenden Artikels einen Proudhonisten zu nennen oder nicht? Und doch beschwert sich Mülberger über Nichts bitterer, als daß ich ihn so nenne, weil ich „auf einige Wendungen stieß, wie sie Proudhon eigenthümlich sind!“ Im Gegentheil. Die „Wendungen“ gehören alle Mülberger, der Inhalt gehört Proudhon. Und wenn ich dann die proudhonistische Abhandlung aus Proudhon ergänze, so sagt Mülberger, ich schiebe ihm die „ungeheuerlichen Anschauungen“ Proudhon's unter!

Was habe ich nun aus diesen proudhonistischen Plan entzogen? Erstens, daß Uebertragung der Grundrente an den Staat gleichbedeutend ist mit Abschaffung des individuellen Grundeigentums.

Zweitens, daß die Ablösung der Mietwohnung und die Uebertragung des Eigentums der Wohnung an den bisherigen Miether die kapitalistische Produktionsweise gar nicht berührt.

Drittens, daß dieser Vorschlag bei der jetzigen Entwicklung der großen Industrie und der Städte ebenso abgeschmackt wie reaktionär ist, und daß die Wiedereinführung des individuellen Eigentums jedes Einzelnen an seiner Wohnung ein Rückschritt wäre.

Viertens, daß die zwangsmäßige Herabsetzung des Kapitalzinses die kapitalistische Produktion keineswegs angreift, im Gegentheil, wie die Buchergezehe beweisen, ebenso unrat wie unmöglich ist.

Fünftens, daß mit Abschaffung des Kapitalzinses das Miethgeld für Häuser keineswegs abgeschafft ist.

Punkt 2 und 4 hat Mülberger jetzt zugegeben. Auf die anderen Punkte erwidert er kein Wort. Und doch sind dies gerade die Punkte, um die es sich in der Debatte handelt. Aber Mülberger's Antwort ist keine Widerlegung; sie umgeht sorgfältig alle ökonomischen Punkte, welche doch die entscheidenden sind; sie ist eine persönliche Beschwerdeschrift, weiter nichts. So beklagt er sich, wenn ich seine angekündigte Lösung anderer Fragen, z. B. Staatsschulden, Privatschulden, Kredit, vorweg nehme und sage: die Lösung sei überall die, daß wie bei der Wohnungsfrage, der Zins abgeschafft, die Zinszahlungen in Abzahlungen auf den Kapitalbetrag verwandelt und der Kredit kostenfrei gemacht wird. Trozdem möchte ich noch heute wetten, daß, wenn diese Mülberger'schen Artikel das Licht der Welt erblickten, ihr wesentlicher Inhalt mit Proudhon's *Idée générale*: Kredit S. 182, Staatsschulden S. 186, Privatschulden S. 186, ebenso stimmen würde, wie diejenige über die Wohnungsfrage mit den citirten Stellen desselben Buchs.

Bei dieser Gelegenheit belehrt mich Mülberger, daß diese Fragen, wie Steuern, Staatsschulden, Privatschulden, Kredit, wozu jetzt noch die Autonomie der Gemeinde kommt, für den Bauer und für die Propaganda auf dem Lande von der höchsten Wichtigkeit sind. Großen Theils einverstanden; aber 1) war von den Bauern bisher gar nicht die Rede, und 2) sind die Proudhon'schen „Lösungen“ aller dieser Fragen ebenso ökonomisch widersinnig und ebenso wesentlich bürgerlich, wie seine Lösung der Wohnungsfrage. Gegen die Aenderung Mülberger's, als verkennte ich die Nothwendigkeit, die Bauern in die Bewegung zu ziehen, brauche ich mich nicht zu vertheidigen. Aber das halte ich allerdings für Thorheit, zu diesem Zweck den Bauern die Proudhon'sche Wunderdoktrine anzupfehlen. In Deutschland besteht noch sehr viel großes Grundeigentum. Nach der Proudhon'schen Theorie müßte dies alles in kleine Bauernhöfe zertheilt werden, was beim heutigen Stand der Ackerbauwissenschaft und nach den in Frankreich und Westdeutschland mit dem Parzellen-Grundeigentum gemachten Erfahrungen geradezu reaktionär wäre. Das noch bestehende große Grundeigentum wird uns vielmehr eine willkommene Handhabe bieten, den Ackerbau im Großen, der allein alle modernen Hülfsmittel, Maschinen u. s. w. anzuwenden kann, durch associirte Arbeiter

betreiben zu lassen und dadurch den Kleinbauern die Vorteile des Großbetriebs vermittelt der Association augenscheinlich zu machen. Die dänischen Sozialisten, in dieser Beziehung allen Andern voraus, haben dies längst eingesehen.

Ebenso wenig habe ich nötig, mich dagegen zu vertheidigen, als erschienen mir die heutigen infamen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter „als unbedeutende Kleinigkeit.“ Ich bin, soviel ich weiß, der Erste gewesen, der in deutscher Sprache diese Zustände in ihrer klassisch entwickelten Form, wie sie in England bestehen, geschildert hat: nicht, wie Mülberger meint, weil sie „meinem Rechtsgefühl ins Gesicht schlagen“ — wer alle Thatsachen, die seinem Rechtsgefühl ins Gesicht schlagen, in Bücher verwandeln wollte, der hätte viel zu thun — sondern, wie in der Vorrede meines Buchs zu lesen, um dem damals entstehenden, in hohlen Phrasen herumfahrenden deutschen Sozialismus eine tatsächliche Unterlage zu geben durch Beschreibung der von der modernen großen Industrie geschaffenen Gesellschaftszustände. Aber die sogenannte Wohnungsfrage lösen zu wollen, das fällt mir allerdings nicht ein, ebensowenig wie ich mich mit den Details der Lösung der noch wichtigeren Frage befaße. Ich bin zuvörderst, wenn ich nachweisen kann, daß die Produktion unserer modernen Gesellschaften hinreichend ist, um allen Gesellschaftsgliedern genug zu essen zu verschaffen, und daß Häuser genug vorhanden sind, um den arbeitenden Massen vorläufig ein geräumiges und gesundes Unterkommen zu bieten. Wie eine zukünftige Gesellschaft die Verteilung des Essens und der Wohnungen regeln wird, darüber zu spekuliren führt direkt in die Utopie. Wir können höchstens, aus der Einsicht in die Grundbedingungen der sämtlichen bisherigen Produktionsweisen, feststellen, daß mit dem Fall der kapitalistischen Produktion gewisse Aneignungsformen der bisherigen Gesellschaft unmöglich werden. Selbst die Uebergangsmaßregeln werden sich überall nach den augenblicklich bestehenden Verhältnissen zu richten haben, in Ländern kleines Grundeigentum wesentlich anders sein als in Ländern großes Grundeigentum u. s. w. Wohin man kommt, wenn man für diese sogenannten praktischen Fragen, wie Wohnungsfragen u. s. w. Einzellösungen sucht, beweist uns Niemand besser als Mülberger selbst, der erst auf 28 Seiten ausführlich auseinandersetzt, wie „der Gesamtinhalt der Lösung der Wohnungsfrage in dem Wort: Ablösung gegeben“ sei, um dann, sowie man ihm auf den Leib rückt, verlegen zu stammeln, es sei in der That sehr fraglich, ob bei der faktischen Besitzergreifung der Häuser „das arbeitende Volk mehr der Ablösung huldigen werde“ oder irgend einer andern Form der Expropriation.

Mülberger verlangt, wir sollen praktisch werden, wir sollen „den wirklichen praktischen Verhältnissen gegenüber“ nicht „nur todt abstrakte Formeln ins Feld führen“, wir sollen „aus dem abstrakten Sozialismus heraus und an die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft herantreten.“ Hätte Mülberger dies gethan, so hätte er sich vielleicht große Verdienste um die Bewegung erworben. Der erste Schritt beim Herantreten an die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft besteht doch wohl darin, daß man sie kennen lernt, daß man sie nach ihrem bestehenden ökonomischen Zusammenhang untersucht. Und was finden wir da bei Mülberger? Zwei ganze Sätze, und zwar:

1) „Was der Lohnarbeiter gegenüber dem Kapitalisten, das ist der Miether gegenüber dem Hausbesitzer.“ Ich habe S. 6 des Separatabdrucks nachgewiesen, daß dies total falsch ist, und Mülberger hat kein Wort darauf zu erwidern.

2) „Der Stier aber, der (bei der sozialen Reform) bei den Hörnern gefast werden muß, ist die Produktivität des Kapitals, wie es die liberale Schule der Nationalökonomie nennt, die in Wahrheit nicht existirt, die aber in ihrer scheinbaren Existenz zum Deduzant aller Ungleichheit dient, welche auf der heutigen Gesellschaft lastet.“ Der Stier, der bei den Hörnern gefast werden muß, existirt also „in Wahrheit nicht, hat also auch keine Hörner.“ Nicht er selbst, sondern seine scheinbare Existenz ist vom Uebel. Trozdem ist die „sogenannte Produktivität (des Kapitals) im Stande, Häuser und Städte aus dem Boden zu zaubern“, deren Existenz alles, nur nicht „Scheinbar“ ist. (S. 12.) Und ein Mann, der, obwohl Marx' Kapital „auch ihm wohlbekannt“ ist, in dieser hilflos verworrenen Weise über das Verhältnis von Kapital und Arbeit radebrecht, unternimmt es, den deutschen Arbeitern einen neuen und besseren Weg weisen zu wollen, und gibt sich aus für den „Baumeister“, der „sich über das architektonische Geheiß der zukünftigen Gesellschaft wenigstens im Gange und Großen klar“ ist?

Niemand ist näher „an die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft herantreten“ als Marx im Kapital. Er hat fünfundsiebzig Jahre darauf verwandt, sie nach allen Seiten hin zu untersuchen, und die Resultate seiner Kritik enthalten überall ebenfalls die Keime der sogenannten Lösungen, soweit solche überhaupt heutzutage möglich sind. Das aber genügt Freund Mülberger nicht. Das ist alles abstrakter Sozialismus, todt abstrakte Forme. Statt die „bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft“ zu studiren, begnügt sich Freund Mülberger mit der Vertilgung einiger Bände Proudhon, die ihm zwar so gut wie Nichts über die bestimmten konkreten Verhältnisse der Gesellschaft bieten, dagegen aber sehr bestimmte konkrete Wunderkuren für alle gesellschaftlichen Uebel, und bringt diesen fertigen sozialen Rettungsplan, dies Proudhon'sche System, vor die deutschen Arbeiter unter dem Vorwand, er wolle „den Systemen Adieu sagen“, während ich „den umgekehrten Weg wähle!“ Um dies zu bezeichnen, muß ich annehmen, daß ich blind bin und Mülberger taub, so daß eine jede Verständigung zwischen uns rein unmöglich ist.

Genug. Wenn diese Polemik zu weiter nichts dient, so hat sie jedenfalls das Gute, den Beweis geliefert zu haben, was es mit

der Praxis dieser sich so nennenden „praktischen“ Sozialisten auf sich hat. Diese praktischen Vorschläge zur Beseitigung aller sozialen Uebel, diese gesellschaftlichen Allerweltswelthelmsmittel, sind stets und überall das Fabrikat von Seltenstütern gewesen, die zu einer Zeit auftraten, wo die proletarische Bewegung noch in ihrer Kindheit lag. Auch Proudhon gehört zu ihnen. Die Entwicklung des Proletariats wirft diese Kinderwindeln bald bei Seite und erzeugt in der Arbeiterklasse selbst die Einsicht, daß nichts unpraktischer ist, als diese vorher ausgeklügelten, auf alle Fälle anwendbaren „praktischen Lösungen“, und daß der praktische Sozialismus vielmehr in einer richtigen Erkenntniß der kapitalistischen Produktionsweise nach ihren verschiedenen Seiten hin besteht. Eine Arbeiterklasse, die hierin Bescheid weiß, wird im gegebenen Fall nie in Verlegenheit sein, gegen welche sozialen Institutionen und in welcher Weise sie ihre Hauptangriffe zu richten hat.

## Politische Uebersicht.

Der Staub, den die Lasker'schen Enthüllungen aufgewirbelt, hat sich noch nicht gelegt, und wird sich auch nicht so bald legen. Wenn die Götter des Homer einen ihrer Lieblinge drohender Gefahr zu entziehen beabsichtigten, hüllten sie ihn in eine Wolke, so daß der andrängende Feind verblüht zurückweichen mußte. In ähnlicher Weise wird von den heutigen Berliner Göttern die Staubwolke benutzt werden, welche jetzt Wagener und Consorten umgibt; und Hr. Lasker ist kein homerischer Held, der, wie Diomedes, in grimmen Zorn einer Gottheit entgegenzutreten fähig wäre. Gott Bismarck hat seinen Schuß ausgebreitet vor seinem Erzengel, Freund und Rathgeber Wagener — und der Erzengel, Freund und Rathgeber des Gottes Bismarck mag ruhig den kranken Fuß pflegen in Mitten der ausgewirbelten Staubwolke! Hören wir, was einer der göttlichen Saubirten des Berliner Pressbureaus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ schreibt:

„Das ungeschwächte Wohlwollen unserer (der Preussischen) Regierung für Hr. Wagener drückt sich in der Thatsache aus, daß Fürst Bismarck bald nach beendigter Abgeordnetenhausung (der Sitzung, in der Lasker seine, nach der Berechnung der Kreuzzeitung sechs und zwanzig Fuß lange Rede vom Stapel gelassen hatte) bei dem seit 8 Tagen an einer Verletzung des Schienbeins (für Naturforscher, die den Sitz des Gewissens suchen, unschätzbare Fingerzeig!) darniederliegenden Geheimen Rath Wagener vorfuhr, und mit ihm in längerer Unterredung verkehrte. Um diese etwas auffallende (?) Demonstration zu verstehen, wird man sich nicht bloß die unschätzbaren Dienste, welche Hr. Wagener dem Fürsten Bismarck geleistet hat, vor Augen halten müssen, sondern auch den Umstand, daß das ganze Vorgehen gegen den Ersten (Wagener!) diesen (Fürst Bismarck!) mehr in dem Licht einer persönlichen Rancüne (Gehässigkeit), als in dem der abstrakten (?) Moralität erscheint. In dieser Annahme fühlt sich der Fürst (Bismarck) durch die Erwägung bestärkt, daß Dr. Wagener nicht bloß unter seinen politischen Gegnern, sondern auch unter seinen alten politischen Freunden viele erbitterte Feinde hat; daß von letzteren gerade Hr. Lasker das Material zur Begründung seiner Anklagen geliefert worden, und daß Hr. Wagener nichts anderes gethan habe, als was vor und nach ihm hundert Andere in bevorzugter sozialer Stellung gethan hätten, ohne daß bis jetzt daraus irgend Einem ein besonderer Vorwurf gemacht worden sei. Wenn man also jetzt gerade Hr. Wagener heranzogreife, von dem man wisse, daß er bei Hofe nicht besonders gut akkreditirt (in gutem Ansehen) sei, so mache ein solches Verfahren nur den Eindruck, daß es den Beschwerdeführern doch weniger um die Sache, als um die Person zu thun sei.“ — „Das trifft nun freilich“, fügt der Bismarck'sche „Saubirt“ der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ hinzu, „das trifft nun freilich in Bezug auf Hr. Lasker ganz gewiß nicht zu, dürfte aber doch gegenüber mancher anderen Person und Partei nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen sein. Jedenfalls besteht kaum eine Partei im Hause, die nicht in ihrer Mitte Gräner hat, gegen welche dieselben Vorwürfe erhoben werden könnten wie gegen Hr. Wagener. Aus alledem ersieht man, daß die Regierung Hr. Wagener doch nicht so leicht fallen lassen wird, als man vielleicht hier und da glaubt.“

Diese Correspondenz bestätigt im vollsten Maße, was wir in vorlehter Nummer über die weit über Wagener hinaus reichende Bedeutung der von Lasker zur Sprache gebrachten und aktenmäßig erwiesenen Schwindeleien gesagt haben.

„Daß die Regierung Hr. Wagener nicht so leicht fallen lassen wird“, ist jetzt eine dem Gebiet der Vermuthungen entrichtete Thatsache. Dem Preussischen Abgeordnetenhaus ging am 14. d. eine von dem König unterzeichnete und von sämtlichen Ministern (Koon, Bismarck, Tegenlyk u.) gegenzeichnete „königliche Bottschaft“ zu, welche die Einsetzung einer „Spezial-Untersuchungskommission“ dekretirt. Nachdem bei den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen, so heißt es in der „Bottschaft“, die bei Ertheilung von Eisenbahnkonzessionen zur Verwendung gebrachten Verwaltungsgeschäfte angegriffen und die Mängel gerügt worden sind, welche bei der Ertheilung von Eisenbahnkonzessionen sich herausgestellt haben, haben wir beschlossen, eine Spezial-Untersuchungskommission einzusetzen, um nach Wahgabe der durch die Untersuchung gewonnenen Resultate übersehen zu können:

\*) Homer besingt den „tollischen Saubirt“ des Odysseus, und die (von Bismarck so betitelten) Saubirten des Berliner Pressbureaus besingen Gott Bismarck.

1) ob (!) und in wie weit die einschlägigen Gesetze und die geltenden Verwaltungsnormen, die Erfüllung der bei Ertheilung von Eisenbahnkonzessionen beabsichtigten Zwecke zu sichern, und das Publikum gegen Täuschungen und Beeinträchtigungen zu schützen geeignet sind;

2) welche Änderungen der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis erforderlich sind, um vorhandenen Uebelständen und Missbräuchen thunlichst abzuhelfen.

Es ist Unser Wille, daß die Ermittlung der bezüglichen Thatfachen mit der größten Sorgfalt geschehe, und die Beurtheilung der Verhältnisse und Personen unparteiisch sei. Die genannte Spezialkommission wird unter dem Vorsitz des Präsidenten der Seehandlung, Günther, aus zwei von Uns zu ernennenden Justiz- und zwei Verwaltungsbeamten zu bestehen haben, und laden wir die beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie ein, auch ihrerseits je zwei Mitglieder zu ernennen, um an den Arbeiten der unverzüglich einzusetzenden Kommission theilzunehmen.

Wir behalten Uns vor, der Landesvertretung seiner Zeit die bezüglichen Commissionsberichte zugehen zu lassen."

Dies der Wortlaut der „königlichen Botschaft“. Es erhebt daraus:

1) daß die „gerügten Mißstände“ auf die „einschlägigen Gesetze und die geltenden Verwaltungsnormen“ geschoben werden sollen; und

2) daß die Regierung dem Abgeordnetenhause die Untersuchung aus den Händen genommen hat; mit andern Worten, daß die Angeklagten als Richter fungiren werden; denn die zwischen Wagener und der ganzen Regierung bestehende allgemeine Solidarität kann nach dem Benehmen der Regierung in dieser Angelegenheit nicht einmal von Hrn. Rascher mehr in Frage gezogen werden. Der Chef der Seehandlung ist ein königlich Preussischer Beamter, und selbst angenommen, die beiden Häuser des Landtages ernennen unparteiische und fürchtlose Mitglieder in die Commission, so würde immerhin der königlich Preussische Beamte Günther nebst seinen 4 von der königlich Preussischen Regierung ihm beigegebenen Collegen die Mehrheit der Spezialuntersuchungskommission bilden.

Was unter diesen Umständen das Ergebnis der Untersuchung sein wird, läßt sich voraussehen.

Noch ein Wort über die oben citirte Correspondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“. Graf Bismarck, erfahren wir, ist der Ansicht, „daß Hr. Wagener nichts anderes gethan habe, als was vor und nach ihm hundert Andere in bevorzugter sozialer Stellung gethan hätten“, und der halbamtliche Correspondent bemerkt dazu auf eigene Hand: „Jedenfalls besteht kaum eine Partei im Hause, die nicht in ihrer Mitte Gründer hat, gegen welche dieselben Vorwürfe erhoben werden könnten, wie gegen Hrn. Wagener.“ Die Ansicht des Fürsten Bismarck ist ebenso unansehnlich, als die Behauptung seines Soldschreibers. Und wenn wir zur Ergänzung das geflügelte Wort des Handelsministers hinzufügen: daß es an der Börse einen Mann gibt, der weiß, welche Minister Aktien haben und welche nicht, so haben wir ein vollständiges Culturbild der „auf der Höhe“ unserer Gesellschaft, unter der „Spitze“ des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“ herrschenden Mammon-Corruption.

Was das „nicht gut bei Hof akkreditirt sein“ des Hrn. Wagener angeht, so hat dies eine ganz besondere Bewandnis. Seit Dr. Wagener das von ihm mit Bismarck in Berlin angearbeitete Jesuitengesetz im Reichstag „durchdrücken“ half, ist er bei der Pfaffenkliege am Preussischen Hofe „nicht gut akkreditirt“. Er gilt für — zu freisinnig!

Im Augenblick, da wir dies schreiben, ist es noch unbekannt, wie das Abgeordnetenhause sich zu der königlichen Botschaft verhalten wird, wir bezweifeln indes nicht, daß die Majorität auf das fatale Amt, des Sittenrichters zu spielen und aus der Noth eine Tugend zu machen, mit Freuden verzichten, und daß der Abgeordnete Rascher sich um hundert Centner erleichtert fühlen wird, wenn seinen Hamlettschultern die schwere Verpflichtung abgenommen ist, die augerufenen Glieder dieses Dänemark, in dem nicht bloß „etwas faul“ ist, sondern sehr viel, „wieder einzurenken.“

Ist eingetroffen. Rascher griff „mit Genugthuung“ nach der frohen „Botschaft“, und bei den übrigen Abgeordneten war der Augenblik natürlich nicht größer. Erde her, um den Stempel zu begraben! Seife her, um die Lumpen sauber zu waschen. Aber viel Seife! Viel Seife! (Dr. Wagener — das brauchen wir nicht zu bemerken — ist noch im Amt.)

Dem Reichstag, der im Laufe des nächsten Monats zu seiner letzten Session zusammentritt, wird unter andern reaktionären Vorlagen auch ein Preßgesetz und eine neue Strafprozessordnung vorgelegt werden. Das Preßgesetz wollte man Anfangs, da es sehr eingehende Studien des vorhandenen kolossalen Materials auf dem Gebiete des offiziellen Gedankentodtschlags erheischt — wer an der „Spitze der Civilisation“ wandelt, muß doch auch eine bessere Geistes-Guillotine besitzen als die übrigen Nationen, und dazu gehört, daß man alle überall gemachten einschlägigen Erfindungen und Verbesserungen genau kennt und prüft — in Folge dessen also wollte man Anfangs den Entwurf erst dem künftigen Reichstag vorlegen; aber es drängten sich Zweifel betrefte dieses künftigen Reichstags hervor, die schließlich zu einer Planänderung führten. „Die Gegenwart habe ich in der Tasche, die Zukunft gehört dem Zufall“ sagt ein türkisches Sprichwort. Den gegenwärtigen Reichstag, der nach dem famosen Wahlmanöver unter dem Klang der Siegesdrummeten und dem Drohnen der patriotischen Friedensglocken zusammengerastet ward, hat Fürst Bismarck in der Tasche. — Der künftige Reichstag dagegen gehört dem Zufall — vielleicht den Ultramontanen und Sozialdemokraten, den zwei „internationalen Reichsfeinden“, die ihr famoses Preßbureau-Bündnis natürlich dazu bezaugen würden, eine dem „Ruhm“ des „Neuen Reichs“ so förderliche Institution, wie die beabsichtigte Preß-Köpfmaschine ist, zu Fall zu bringen. Genug — diese Erwägung schlug durch, das Modell der „gemeinsamen (National-) Preiße“ — Verleihung — der Entwurf des neuen Deutschen Preßgesetzes wird mit Dampfgeschwindigkeit fertig gemacht, um noch dem gegenwärtigen Reichstag, mit seiner Ja-Bismarck-Majorität unterbreitet werden zu können. Wie von den Mameluden des Preßbureau's mitgetheilt wird, soll das Prinzip der Cautions- und der polizeilichen Beschlagnahme festgehalten sein. Kurz, wir sollen das reaktionäre Preussische Preßgesetz — vermuthlich mit einigen Erfindungen des Bonapartistischen Kaiserreichs als Zuthat — für ganz Deutschland bekommen, was ja bekanntermaßen „Deutsche Einheit“ ist. Derselben Geistes Kind ist die neue Strafprozessordnung, deren hervorbringendster Punkt die vollständige Beseitigung der Schwurgerichte und deren Ersetzung durch sogenannte Schöffengerichte ist. Daß wir uns für die heutigen Schwurgerichte, in denen bloß die besitzenden Klassen sitzen und die deshalb ein Instrument der brutalsten Klassenherrschaft sind, nicht begeistern können, versteht sich von

selbst, aber im Schwurgericht liegt wenigstens die Anerkennung des Prinzips, daß das Volk, wie das Recht der Gesetzgebung, so auch das der Rechtsprechung hat; und die Anerkennung dieses Prinzips vertritt sich nicht mit der jetzt ohne Feigenblatt sich spreizenden Reaktion. Das Schöffengericht ist ein miserables Zwitтерding — das gewöhnliche „unabhängige“, d. h. je nachdem es sich anführt, mit Orden zu behängende und zu befördernde oder bei den Beförderungen zu übergehende, auf irgend eine „Straffstation“ zu versetzende — Kadavergericht, verstärkt durch einige dem „Volk“, d. h. der besitzenden Klasse entnommene Leute, sog. „Schöffen“, die mit den Richtern von Fach zusammen berathen, und, weil sie von Jurisprudenz nichts verstehen, von diesen unfehlbar in die Tasche gesteckt werden, auch wenn sie Unabhängigkeitsegelte haben sollten. Kurz, das „volksühmliche Element“ ist bloß die Postreife, hinter der sich der häßliche Angelhaken des alten, vor einem Bierjahresjahrhundert unter dem Jubel von ganz Deutschland gebrandmarkten alten Inquisitionsprozesses versteckt.

So viel für heute. Wir werden, sobald der Entwurf vor den Reichstag kommt, diese Frage eingehender Besprechung unterziehen.

Zur Auswanderungsfrage schreibt (im „Neuen Mecklenburgischen Monatsblatt“) ein Pastor Rische, daß nach dem Apostel Paulus und dem Heiligen Chrysostomus die Knechtschaft (mit Haselstock) nichts schade, sondern im Gegentheil sehr heilsam für die Seele sei, und daß demnach die Tagelöhner, welche auswanderten (um der Knechtschaft und dem Haselstock zu entgehen) einen Frevel an sich selbst begingen und Teufelswerk übten. Ein ächter Christ wandte nicht aus. Der Mann hat nicht so ganz Unrecht. Wenn den Leuten begreiflich gemacht wird, daß vor einen Schlag auf die rechte Wange empfängt, geduldig die linke hinhalten muß, und daß von einem Unteroffizier Ohrfeigen, Rippenstöße und Fußtritte hinnehmen der sicherste Weg zur ewigen Seligkeit, dann ist allerdings Staat und Religion, auch die Gesellschaft, gerettet. Graf Sulinburg möge sich den Mecklenburgischen Pastor nach Berlin kommen und das Auswanderungsfeber von ihm kuriren lassen. Vielleicht hilft's.

Die dänischen Sozialistenführer schwächen noch immer im Gefängnis. Wie aus dem Kopenhagener Particorgan „Sozialisten“ erhellt, sind sie das Opfer eines schändlichen Betrugs Seitens der Vereinigten Unken — der bäuerlichen und bürgerlichen Radikalen — geworden, die ihre Freilassung zu erwirken versprochen hatten, und sie hinterher schmählich im Stich ließen. Ein neuer Beweis dafür, was die Sozialisten von der bürgerlichen Demokratie zu erwarten haben! Das gebrannte Kind schent das Feuer. Die sozialistischen Arbeiter sind leider nicht so klug als die Kinder, und fahren fort, Parteien ihr Vertrauen zu schenken, mit denen sie noch nie in irgend ein Verhältniß getreten sind, ohne betrogen und mißbraucht worden zu sein. Freilich den dänischen Arbeitern kann man diese Vertrauensduselei noch einigermaßen hingehen lassen; wenn aber Männer, die Jahrzehnte lang in der Bewegung sind, in dem Vorland der Arbeiterbewegung sich in Allianzen mit liberalen Spießbürgern einlassen, wie jetzt in London Odger, Eccarius u. A. in England mit politischen Mittelklassen-Humbungs von der Sorte eines Morley, dann gibt's keine „milde Umstände“, und ist an Ehrlichkeit zu glauben nahezu unmöglich.

Mit welcher Dreistigkeit der Telegraph lügt, hat sich jetzt wieder bei der letzten, vom „Vollstaats“ bereits mit einem Fragezeichen versehenen telegraphischen Sensationsnachricht über die Arbeitseinstellung in Südwalen herausgestellt. Wie aus dem „Beehive“ vom letzten Sonnabend erhellt, ist die Nachricht von A bis Z erlogen. Unterhandlungen zum Behuf der Wiederaufnahme der Arbeit haben allerdings stattgefunden, das ist aber nichts Neues, indem solche Unterhandlungen seit dem Beginn des Streiks und Lokants ununterbrochen zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitern und Arbeitgeberern geführt worden sind. Neu ist bloß, daß auf die Vermittlungsversuche des Parlamentsmitglieds Brogden hin Seitens der „Amalgamirten Kohlengraber-Assoziation“ (Amalgamated Miners Association) der Vorschlag gemacht worden ist, Hr. Brogden möge die Verufung eines Meetings der beteiligten Hütten- und Grubenbesitzer veranlassen, welches sich mit einer Deputation der streikenden Arbeiter über einen Ausgleich zu verständigen suchen solle. Das ist Alles; und auch das ist im Grund nicht einmal etwas Neues, denn die Arbeiter waren ja von vornherein zu einem gütlichen Ausgleich geneigt. Uebrigens scheint es, daß die Hrn. Grubenbesitzer doch von ihrem hohen Kopfe heruntergekommen sind. Abgesehen von dem Daner-geschick des Zweischichtsystems hat einer ihrer Agenten, ein gewisser Trump, den Arbeitern das Anerbieten gemacht, die alten Löhne beizubehalten, und nur für den Fall, daß ein bestimmtes Kohlenquantum nicht gefördert würde, die Löhnereduktion von 10 Prozent, welche bekanntlich die Ursache des Streiks bildet, eintreten zu lassen. Der kapitalistische Pferdesuß blüht hier sehr deutlich hervor; man sieht aber, daß die Grubenbesitzer das Ende des Streiks wünschen. Der Vorschlag ist von den Arbeitern nicht direkt zurückgewiesen worden, sie wollen ihn diskutieren, zunächst jedoch feststellen wissen, welches Quantum von Arbeit verlangt wird; darauf kommt natürlich Alles an.

Ueber die neue Spanische Regierung lesen wir in der bürgerlich demokratischen „Frankfurter Zeitung“:

„An der Spitze des von den spanischen Cortes gewählten Ministeriums steht ein Mann, dessen Name ein Programm ist: Estanislao Figueras, der unbegabte, mit mächtiger Beredsamkeit begabte Republikaner; sein Ideal ist die bundesstaatliche Republik und nur diese. Als Kriegs-Minister steht neben ihm der General Cordoba, der unter Isabella noch in den konservativen Reihen stand, nach der September-Revolution in dem Lager der radikalen Partei landete und zuletzt dasselbe Amt, welches ihm jetzt wieder übertragen worden, unter dem Könige Amadeus verwaltete. Wie die Armee, so bleibt auch die Marine in denselben Händen, in denen des Contre-Admirals José Maria Berranger, der gleichfalls bisher zu den Radikalen gehörte. Der berühmte Redner, der als Volkstribun von seiner eigenen Partei vergöttert, von allen Parteien als ein Stolz Spaniens gepriesene Emilio Castelar übernimmt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Mit der Verwaltung der innern Angelegenheiten ist Francisco Pi y Margall betraut, ein Republikaner, ein Mann der Mäßigung und in seinen Reden von gesunder Logik. Das Justiz-Ministerium geht an den Rechtsgelehrten Nicolas Salmeron y Alonso über, den republikanischen Abgeordneten für Badajoz, dessen Bedeutung durch mehrfache gleichzeitige Wahlen anerkannt ist. Minister der Colonien und damit Erbe der bösen cubanischen Frage wird Francisco Salmeron y Alonso, einer vom linken Flügel der radikalen Partei, ebenfalls hervorragender Redner, der durch seine glänzenden Improvisationen die progressivste Tertulia oft zu begeistertem Beifalle hinriß. Die Finanzen, kein beneidenswerther Gegenstand in Spanien, verbleiben in der Hand José Echegaray's, eines demokratischen Mitgliedes der radikalen Partei, seines Zeichens Ingenieur, der an Einem Abend berühmt wurde durch

eine Rede über die Culturfreiheit. Desgleichen bleibt das Ministerium für Vanten, Verkehr und Ackerbau, was der Spanier kurzweg mit dem Namen Fomento bezeichnet, seinem bisheriger Inhaber Manuel Becerra, einem etwas ungeschickten Galicier, der aber der radikalen Partei, zu welcher er als früherer Republikaner übergegangen war, manchen guten Dienst geleistet hat. Vier zu vier: sie haben rechtlich geheilt, die Republikaner und Radikalen. Einer der ersten Akte der neuen Regierung war die Begnadigung der zum Tode Verurtheilten, welche am 13. d. M. früh in Barcelona hingerichtet werden sollten. Daran möge sich die Nation, welche an der Spitze der Civilisation zu marschiren glaubt, ein Beispiel nehmen und endlich das offizielle Morde einstellen.“

Wir enthalten uns vorläufig jeder Kritik der neuesten Spanischen Entwicklungshafe. Thatsache ist, daß die Proklamirung der Republik in Madrid, und die Einmüthigkeit, mit der das Vorgehen der Cortes bis jetzt von dem Lande akzeptirt worden ist, auf die Vertreter des Monarchismus in Europa einen sehr niedererschlagenden Eindruck gemacht hat. Besonders in Berlin, wo man das fatale des Contrasts zu empfinden scheint, daß im selben Moment, wo in Spanien Männer an das Ruder kommen, die das Banner der Republik hoch halten und deren Redlichkeit auch die erbittertesten Feinde anerkennen müssen, in Preußen die Vorkämpfer des monarchischen Prinzips wegen schmachvoller Corruption auf dem Armenfürsunderstüblchen zu sitzen haben, allerdings mit der sicheren Aussicht von ihnen nicht auf dem Armenfürsunderstüblchen sitzenden Collegen und Mitschuldigen wieder hüßlich sauber gewaschen zu werden. Dort Figueras, Castelar trotz ihrer Schwachhaftigkeit Ehrenmänner — hier Wagener, Stieber und Consorten. Der Vergleich fällt freilich nicht zu Gunsten der Helden des „Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte“ aus.

Spazig ist, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Abdankung Gottliebs erklärt. Sie schreibt:

„Sobald die Radikalen am Ruder waren, ließen sie es sich angelegen sein, ihrer Partei die Armeen zu versichern. Das mag für Spanien in der Ordnung sein. Es galt, in alle einzelnen Regimenter möglichst viele Mitglieder der radikalen Partei als Offiziere einzuschleusen, was dadurch erreicht wurde, daß zahlreiche bisherige Sergeanten zu Offizieren avancierten. Dann aber kam es darauf an, die militärischen Kommandos in den Provinzen nur Generelen anzuvertrauen, welche der radikalen Partei angehörten oder ihrer doch sicher waren. So ergab sich ein auffälliges Avancement von vielen Militärs, deren Antecedentien die bedenklichsten waren. Zu diesen gehörte nun Hidalgo.“

Das Blatt schildert nun den Konflikt Hidalgo mit den Artillerie-Offizieren und fährt dann fort:

„Aber Hidalgo ruhte nicht. Seine Partei gedachte keineswegs, ihn fallen zu lassen. Die Duchessa de Prim nahm sich seiner mit besonderem Eifer an. So wurde er denn nun neuerdings zu einer anderen hohen Befehlshaberstelle im Heer befördert; das radikale Ministerium ernannte ihn zum General-Kapitän in Tarragona. Augenblicklich zeigte sich dagegen der gleiche Widerspruch, diesmal aber nicht von Seiten der Offiziere eines Regiments, sondern in vergrößertem Maßstab. Gegen den Mörder seiner Kameraden erhob das Offizierskorps der Artillerie Protest. Umgekehrt 420 Artillerie-Offiziere baten für den Fall, daß seine Ernennung nicht zurückgenommen würde, um ihren Abschied. Das Offizierskorps der Ingenieure machte Miene, sich dem anzuschließen. Der ganze „Estado mayor“, d. h. der Generalstab des spanischen Heeres drohte ein Gleiches. Es war an Intelligenz und sittlicher Haltung die Elite der spanischen Armee, die nun auf dem Spiele stand. Auf ihre Seite stellte sich, fest entschlossen, Don Amadeo. Als echter Piemontese, als Soldat und König, als Mann von Ehre hatte er keine Wahl. Die radikalen Minister beschloßen dagegen, die Entlassung sämtlicher Offiziere anzunehmen, brachten die Sache vor die Cortes, ließen sich darüber dort interpelliren, äußerten sich in diesem Sinne und empfangen ein Vertrauensvotum von 191 Stimmen gegen 2. Hierauf erachtete es Don Amadeo unter seiner Würde, König von Spanien zu sein. So verhält sich die Sache, und hiernach wolle das öffentliche Urtheil sich bestimmen, sowohl über den Herzog von Aosta, als auch über das Land, welches einige Zeit die Ehre gehabt hat, ihn seinen König zu nennen.“

Darnach ist Gottlieb ein Märtyrer der Soldatenehre, und hat „als Soldat und als König“ sich unvergängliche Lorbeeren gesammelt, weil er — von Preussischem Kasernengeist befreit gewesen sein soll. Ob's wahr ist, wissen wir nicht. Jedenfalls hat er wohl gethan, es nicht aufs Allerbeste antommen zu lassen, sonst würde er vermuthlich das Schicksal Maximilians erlebt haben; und daß mitunter Vorsicht der bessere Theil des Muths ist, dafür hat ja eine bekannte, im Preussischen Militärstaat sehr hoch stehende Persönlichkeit am 18. März 1848 erlauchtens Zeugnis abgelegt. Gottlieb kann jetzt auch „parlamentarische Studien“ machen.

Auf gleicher Höhe mit dem Versuch des Bismarck'schen Leitblatts, den Dank seit des Königthums in Spanien zu einem moralischen Sieg der Monarchie aufzupuffen, steht die Bemerkung der mit dem Geld des Neptiliensfonds in Wien gegründeten „Deutschen Zeitung“, welche die Ablasterung Wagener's einen „Ehrentag Preußens“ nennt! Das „Ehrentag“ besteht nämlich darin, daß sich für den Schwindler und Schwindel ein Anklage gefunden habe. Also daß einmal ein Schwindler ans Tausende herausgegriffen wird, ist für dieses bezahlte Preßzeitungs ein Beweis allgemeiner Ehrenhaftigkeit! Ja, wenn die Complicen und Helfershelfer Wagener's sämtlich mit ihm im Zuchthaus sind — dann, aber auch nicht vorher — wollen wir mit der „Deutschen Zeitung“ ausrufen: „Das ist ein Ehrentag Preußens!“

### Zur Agitation.

Auf der Vorstandssitzung des Allg. Deutsch. Arbeitervereins am 8. Januar in Hamburg ist beschlossen worden, 3 ständige Agitatoren mit einem Gehalt von 500 Thlr. pro Mann und Jahr anzustellen, und wurden dazu bestimmt die Herren Richter-Wandbeck, früher in Dresden, Frohme und Dresbach. Letzterer wurde als Agitationsbezirk die Rheinprovinz und Westphalen, Herrn Frohme Hessen und Süddeutschland, namentlich die Pfalz, Baden und Württemberg, Herrn Richter-Wandbeck Sachsen und Schlesien angewiesen. Letzterer sollte in Bschopau zunächst sein Domicil nehmen und von hier aus nach der sächsischen Lausitz und Schlesien agitiren.

Wir benachrichtigen davon unsere Parteigenossen, damit sie ihre Maßregeln darnach treffen. Sie werden hieraus ersehen, wie es durchaus nothwendig ist, daß jedes Parteimitglied seine volle Schuldigkeit thut, damit die Parteileitung in den Stand gesetzt wird, auch die ausgedehnteste Agitation für die Ausbreitung unserer Partei ins Werk zu setzen. Pünktliche und volle Leistung der Parteisteuer ist hierzu zunächst nöthig. Dann sollen die Parteigenossen auch mit rascher Energie die Agitation

Orte ihres Aufenthalts und in dessen nächster Umgebung be-  
ruhen. Eigens für diesen Zweck gewählte Agitationscomitès  
sind die Abhaltung der Versammlungen, die Organisation der  
Gewerkschaften und die Verbreitung des Parteiprogramms in die  
Hand zu nehmen. Wir warnen hierbei ganz besonders vor der Bil-  
dung von Lokalvereinen, es sei denn, daß die Parteiorganisation  
erboten ist, denn in den Lokalvereinen wird leider nur gar zu  
oft der allgemeine Parteizweck aus den Augen gesetzt. Der Macht  
unserer Gegner können wir aber nicht durch die Zerstückelung und  
die lose Föderation, sondern durch das Zusammenfassen und Cen-  
tralisieren unserer Kräfte entgegen wirken und sie besiegen.

Eine für die Mitglieder wie für die Partei sehr nützliche  
Tätigkeit besteht darin, Untersuchungen anzustellen über Arbeits-  
löhne, Preise der Lebensmittel, der Wohnungen, Höhe der  
Einkommensteuer etc., kurz der ganzen Existenzbedingungen der Ar-  
beiter der verschiedenen Branchen an den verschiedenen Orten.  
In solches Material, richtig zusammengestellt, würde ein ge-  
wisses Verzeichnis über den gänzlichen Mangel einer Arbeitstatistik hinweg-  
zuweisen und als Material bei der Agitation und bei unserer For-  
schungen gegen Staat und Gesellschaft vortrefflich zu verwenden  
sein. Alle gewonnenen Resultate müßten im „Volkstaat“ ver-  
öffentlicht werden. Was bisher über die Lage der Arbeiter in  
Deutschland bekannt geworden ist, ist meist nur durch die Berichte  
der Handels- und Gewerbetreibenden veröffentlicht worden. Also  
durch arbeiterfeindliche Institute, die ein Interesse daran hatten,  
die Lage der Arbeiter möglichst rosig zu malen. Legen wir selbst  
die Hand an's Werk und beweisen wir unsern Gegnern durch Vor-  
führung der nackten Thatsachen die menschenunwürdigen Zustände,  
in denen sich die Arbeiterklasse befindet.

Unsere Parteigenossen müssen ferner ein wachsames Auge haben  
auf alle Ungehörlichkeiten, Maßregelungen und Ungeleglichkeiten,  
die sich die Arbeitsherren, ihre Beauftragte oder sonstige Behör-  
den zu Schulden kommen lassen. Solche Vorfälle sind sofort  
aber wahrheitsgetreu und gestützt auf das nöthige Be-  
weismaterial zu veröffentlichen. Nichts wird die unserer Orga-  
nisation noch fern stehenden Massen leichter für dieselbe gewinnen,  
als wenn sie sehen, daß unsere Partei sich zum Vertheidiger der  
Rechte der Arbeit ohne Ansehen der Person aufwirft.

Mehrere unserer Parteioorgane berichten, auf Antrag des Abg.  
Ludwig habe die sächsische 2. Kammer beschlossen, daß Landtags-  
mitglieder keine „Gründer“ sein dürften. Das ist ein Nihilismus  
der dem Abg. Ludwig wie der sächsischen 2. Kammer vollständig  
fern liegt. Es wurde auf Antrag Ludwigs nur beschlossen, kein  
Abgeordneter dürfe seinen Titel als Landtagsabgeordneter unter  
eine Gründerannonce setzen.

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!  
Alle für die Kontrollkommission bestimmten Zuschriften sind  
von jetzt an an die Adresse des Unterzeichneten zu richten.  
Breslau, den 16. Febr. 1873.  
Die Kontrollkommission der soz. demokr. Arbeiterpartei.  
H. Dohme, Vors., Dhlauerstr. 52.  
Die Breslauer Mitglieder beantragen, den nächsten Partei-  
kongress an den Pfingstfeiertagen d. J. abzuhalten.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
J. A.: Richard Kayser, H. Dohme.

### Gewerkschaftliches.

**Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.**  
Leipzig. Die hiesigen Mitglieder fordern den Ausschuss auf,  
dafür zu sorgen, daß die Generalversammlung zu Ostern statt-  
finden kann.

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
Chemnitz. Ueber die Angelegenheit des internationalen Klei-  
dermacher-Kongresses zu Brüssel behufs der Delegirtensendung ist  
uns auf unsere Veröffentlichung in Nr. 12 des „Volkstaat“ aus  
Nürnberg und Regensburg folgende Mittheilung zugegangen. Da  
sich die Reisekosten eines Delegirten mindestens auf 45—50 Thlr.  
belaufen würden, diese Summe anzubringen die Nürnberger Mit-  
gliedschaft aber nicht im Stande ist, so wäre die Beschickung nur  
möglich, wenn sich sämtliche Mitgliedschaften vereinigen und  
dazu nach ihrer Mitgliederzahl den entsprechenden Beitrag leisteten.  
Besonders wichtig ist aber auch, daß der Delegierte fertig französisch  
sprechen kann, und ist als solcher der Bevollmächtigte Maske aus  
Nürnberg vorgeschlagen. Ferner ist von Nied aus Regensburg der  
Antrag gestellt worden, für jetzt von einer Delegation nach Brüssel  
ganz abzusehen, denselben aber in einem Zustimmungsschreiben die  
Sympathie auszudrücken, in welchem das Zusammengehen als selbst-  
verständlich zu betonen sei. Die großen Ausgaben, welche aus  
einer Delegirtensendung erwachsen würden, wären besser zu ver-  
wenden, wenn eine jede Mitgliedschaft die in ihr vorhandenen  
agitatoren Kräfte mit den Mitteln verleiht, daß dieselben die  
zünftig gelegenen Orte bereisen, dort Schneiderversammlungen  
einberufen, um neue Mitgliedschaften zu gründen, oder die schon  
bestehenden Fachvereine zu Mitgliedschaften umzugestalten suchen.  
Obwohl obigen beiden Punkten völlig zustimmen ist, gegenwärtig  
jedoch nur einer ausführbar, so überlassen wir es den Mit-  
gliedschaften, das Praktischste zu wählen und ersuchen, uns schleunigst  
darüber nähere Auskunft zu erteilen.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Ausschuss: G. Schöffel.

Leipzig, 16. Febr. Auf die neulich im „Volkstaat“ gestellte  
Anfrage, ob die neue Organisation der Schneider noch nicht in's  
Leben treten wird, diene zur Nachricht, daß, nachdem dieselbe von  
der Behörde verworfen, wir zum Zweck des Rückfalls die Voll-  
macht dem Herrn Rechtsanwalt Freitag übergaben; doch hat,  
nach dessen Meinung, es sich für unthunlich erachtet, denselben in  
Ausführung zu bringen, und wird nun nach zügiger Anweisung  
des Vorgesetzten in alternativer Zeit ein neues Statut dem ent-  
sprechend bei hiesiger Behörde nochmals eingereicht, wo es gewiß  
zweifellos nunmehr angenommen wird. Obgleich viel Zeit dar-  
über verfloßen, so glauben wir doch Alles gethan zu haben, um  
zu einem Definitum zu gelangen.  
Bezüglich der Protokollverhandlungen ersuchen wir nun Die-  
jenigen, welche den Betrag dafür noch nicht eingekandt haben, jetzt  
baldmöglichst zu thun, oder die Exemplare zu retourniren, es  
betrifft Wien und Neichenberg in Böhmen.  
Die Commission zur Ausarbeitung der Statuten.

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
Berlin, 18. Februar. In der am 16. d. M. abgehaltenen  
Generalversammlung ist an Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden  
Hrn. Holtz Hr. Holtmann einstimmig gewählt worden, an wel-  
chen Briefe und Beiträge zu senden sind. Gleichzeitig ersuchen wir  
dieserigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rück-  
stande sind, spätestens bis 1. März dieselben gefälligst einzusenden.  
Reisenunterstützungen werden bei dem 1. Vorsitzenden, Hrn. Holt-  
mann (Engelauer Nr. 6 b, 4 Tr.) und ebendasselbst bei dem Kassirer  
Hrn. Trautmann ausbezahlt.  
Versammlungen finden regelmäßig alle Sonntage, Vormittags  
präcis 10 Uhr, im Heise'schen Lokale, Landobergerstraße Nr. 15  
statt.  
Der Vorstand.

**Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.**  
Mainz, 18. Febr. An alle Schuhmacher Deutschlands, Oester-  
reichs und der Schweiz. Kollegen! Es wird Euch nicht fremd  
sein, daß die Schuhmacher von Mainz im Juni v. J. eine Lohn-  
erhöhung von 15 Prozent erlangen haben. Bedenkt die Schmach  
und Schande, bedenk das Verbrechen, welches an uns bezogen  
worden ist. Heute, den 18. Februar, hat uns Fabrikant S. Wolf  
hier eine Lohnabzug von 15 Prozent zugemutet. Als eine  
Commission von 14 Mann zu demselben ging und denselben  
ersuchte, da unsere Lebensbedürfnisse seit vorigem Jahre immer noch  
gestiegen seien, diesen Lohnabzug zurückzunehmen, was war die  
Antwort dieses Herren? Wer nicht so will, kann gehen. Weiter.  
Es liegt eine Liste auf bei betreffendem Fabrikanten, also sich  
die Arbeiter unterschreiben verpflichten sollen, der hier bestehenden  
Schuhmacher-Union zu entsagen. Kollegen! Dieses ist weiter gar  
nichts, als ein Stückchen des mittelhessischen Fabrikantenbundes.  
Wir Schuhmacher sollen die ersten sein, welche als Opfer aus-  
scheiden sind. Aber die Einigkeit der Arbeiter ist zu stark, als daß  
sich dieselben einer solchen Schmach unterwerfen sollten. Und so  
sind ungefähr 300 Arbeiter auf die Straße geworfen.  
Kollegen, bedenkt unsere Lage. Formell ist der Strike noch  
nicht proklamirt, aber jedenfalls wird es dazu kommen. (Siehe  
übrigens die Depesche.) Haltet jeden Zugzug fern von Mainz,  
wenn ihr nicht Opfer des Kapitals werden wollt. Wir werden  
den Verlauf der Sache näher bekannt machen, vertrauen aber im  
Vorau schon auf die Gefinnungstüchtigkeit unserer Kollegen.  
Im Auftrage der Schuhmacher-Union: G. Fuchs.

### Correspondenzen.

Leipzig, 12. Februar. (Die Gewerkschaft-Union betreffend.) Da  
mit Bezug auf den vom unterzeichneten Comite in Nr. 65 des  
„Volkstaat“ vom 14. August 1872 gemachten Vorschlag keine  
Mittheilungen an uns gelangt sind, weder vor noch nach dem  
Mainzer Congreß, wir aber bis jetzt noch keinen passenden Aus-  
weg finden konnten die Gewerkschafts-Union unterzubringen, ohne  
mit den Behörden in Conflict zu gerathen, so richten wir noch-  
mals die Aufforderung an sämtliche Vertrauensmänner der Ge-  
werkschaften und Fachvereine, uns unter allen Umständen bis läng-  
stens 1. April l. J. durch Zuschriften in Kenntniß zu setzen, ob  
die betreffenden Gewerkschaften und Fachvereine noch ferner gewillt  
sind, die Gewerkschafts-Union aufrecht zu erhalten, resp. wo und  
unter welcher Form dieselbe unterzubringen sein dürfte.  
Selbstverständlich muß diese Frage den Mitgliedschaften vorge-  
legt werden. Sollte bis zur oben angegebenen Zeit keine Ant-  
wort eintreffen, so würde das Comite sich auflösen.  
Zuschriften sind zu senden an Otto Stelzer, Colonaden-  
straße 14/4, Pianofortefabrik von Feuerich.  
Das Comite:  
Stelzer, Trost, Kolbe, Kadpar, Schäfer.

Leipzig, 12. Februar. Die „großen Errungenchaften“ des  
Jahres 1866 haben auch Leipzig eine Errungenchaft gebracht, an  
der es seit dem Jahre 1867 laborirt, ohne daß dieselbe sich bis  
heute zu etwas Rechtem entwickeln konnte. Wir meinen den Leip-  
ziger Carneval, der seit dem Jahre 1867 durch vergnügungs-  
süchtige Handlungsdienere und lebensmüthige Bourgeois ins Dasein  
gerufen wurde, aber sein trauriges Dasein dahinschlept, ohne recht  
leben noch sterben zu können. Geist, Wig und Satyre, welche  
den notwendigen Inhalt eines solchen Carnevals bilden müssen,  
soll er anders auf Duldung Anspruch haben, fehlen dem Leipziger  
Carneval gänzlich. Von ihm gilt im vollsten Sinn das bekannte  
Göthe'sche Wort im Faust:  
Mit wenig Wig und viel Behagen  
Dreht Jeder sich im engen Zirkeltanz  
Gleich wie die Kaps mit dem Schwanz.

Aber noch an etwas Anderem fehlt es dem Leipziger Carneval,  
es fehlt ihm an dem nöthigen — Geld. Die Herren Theilnehmer  
am Carneval lassen es sicher am Geldtodtschlagen für ihre eignen  
persönlichen Bedürfnisse nicht fehlen, das können nöthigenfalls die  
Leipziger Restaurateure bezeugen, aber die Kosten des Umgangs und  
der öffentlichen Maskerade suchen sie durch alle möglichen Mittel  
aus dem Publikum zu schinden, und zwar durch Mittel, die sich  
von der strafrechtlich zu verfolgenden Erpressung kaum unterschei-  
den. So meldet das Leipziger Tageblatt unter dem 3. Februar,  
„daß der große Rath der hiesigen Carnevalsgesellschaft mit Ent-  
schiedenheit gegen die säumigen Steuerzahler, sowie gegen die  
jenigen Bewohner unserer Stadt, welche bis dato ihre  
Beiträge für die zugesandten Rappen und Karten noch  
nicht entrichtet haben, vorzugehen gezwungen sei.“ Es  
wird dann angekündigt, daß ein „Datalion Criminalstruppen“  
mobilisirt werden solle, welches mit vollgültigen Zwangsmaß-  
regeln zur Vertheilung der restirenden Steuern, wie freiwilliger  
Beiträge für Rappe und Karte ausgerüstet sein solle.“ Mit an-  
dern Worten, die Einwohner Leipzigs, welche ohne ihr Zutun,  
von der Leipziger Carnevalsgesellschaft „Kartentappe und Karte“  
haben ins Haus geschickt erhalten, einzig und allein, weil man  
hoffte, aus ihnen einige Thaler Beitrag herauspressen zu können,  
aber dieser Zumuthung bis jetzt nicht nachgegeben sind, sollen  
jetzt durch Hausbesuche „moralisch“ gedrängt werden, ihren Geld-  
beutel zu öffnen, um diesen sechsten Kartentapen die Posaune  
ihres corrumpirenden Blodsinn zu ermöglichen. Das ist die elen-  
darste Vettelei und Erpressung, die von gebildet sein wollenden  
Menschen, die sich in ihrem Dünkel hoch über die Arbeiterklasse  
erhaben zu sein wähnen und die sozialistischen Bestrebungen zum  
Gegenstand ihrer Pöbelsereien machen, ausgeübt werden kann.  
Wenn die Arbeiter sich herausnehmen, in irgend einem Blatt  
zu Unterstüzungen aufzufordern, weil ein Theil ihrer Genossen  
durch eine Arbeitseinstellung ihre Hungerlöhne zu verbessern trachtet,  
oder sie Unterstüzungen zu sammeln bemüht sind für diejenigen, welche  
in Vertheidigungen ihrer Interessen ins Gefängniß geworfen sind,  
flugs ist die herrschende Gewalt in Gestalt eines Polizeidirektors bei  
der Hand. Die Unterzeichner eines solchen Auftrufs oder die Redak-  
teure des Blattes werden am Krageu gefaßt, auf Grund eines

veralteten Polizeigesetzes zu Geld- oder Gefängnißstrafen verur-  
theilt, und im letzteren Falle, wenn möglich, aus allen Verhält-  
nissen rücksichtslos herausgerissen und der Stadt verwiesen. Kreis-  
direction und Ministerium bestätigen dann diesen Akt, und die  
„liberale“ Presse hält pflichtschuldigst das Maul. Aber diese  
Vettelei und Erpresser aus der Bourgeoisclasse, die den frivolsten  
Zwecken dienen, bleibe ungeschoren, sie erfreuen sich noch gar  
stadträtlicher und polizeidirektorlicher Protection; und das nennt  
man „Gerechtigkeit“?

Dresden, 16. Februar. (Zur Aufklärung!) In Betreff des  
in Nr. 10 des „Dresdner Volksboten“ und im „Volkstaat“ nach-  
gedruckten, unter Eingekandt gebrachten Artikels: „Die Buchbinder  
Dresdens betreffend“, erklärt der Unterzeichnete, daß der Einsender  
die Thatsache entweder aus Unkenntniß oder Böswilligkeit zum  
Schaden des Fachvereins entstellte berichtet. Arbeitskarten, als  
solche, sind und werden von uns niemals angenommen werden,  
und wenn die hiesigen Prinzipale voriges Jahr (wie ja auch das  
Gericht sagte) wirklich diese Absicht gehabt hätten, so haben wir  
es unserer Verbindung zu danken, daß solches nicht geschah; bis  
jetzt ist uns keine Arbeitskarte angeboten worden. Die uns von  
den Prinzipalen angebotenen Schema's sind auszufüllen mit dem  
Datum des An- und Austritts von Arbeit und sind von der  
Krankenunterstützungskasse als Controllkarten ihrer Mit-  
glieder angenommen worden, und da sie bis jetzt noch nicht zur  
Einführung gelangt sind, so beantwortete ich eine im Fachvereine  
bei der Fragezeitel-Debatte gestellte Frage dahin, daß es für die  
Krankenkasse erfreulicher sei, wenn wir die benannten Schema's  
unentgeltlich zur Benutzung als Controllkarten haben, als wenn wir  
selbst welche drucken lassen müssen. Uebrigens begreife ich den mir  
wohlbekannten Einsender nicht, wie er geflissentlich den Verein zu  
schädigen sucht, da er doch selbst als früheres Mitglied zu ver-  
schiedenen Malen sich an der Debatte über diesen Gegenstand be-  
theiligt hat.  
Dies mein erstes und letztes Wort in dieser Angelegenheit.  
Georg Biller,  
Vorstand der Krankenkasse und des Fachvereins.

Reichenbach i. S. Sie haben kürzlich in diesem Blatte einem  
rohen Werkmeister einen Ehrenplatz gegönnt. Ich erlaube heute  
um einen solchen für den Lehrer Volkland in Oberreichenbach,  
welcher gegen den Kulturfortschritt der abnehmenden Schlägerei  
Erwachsenen zu sein scheint, indem er an seinen kleinen schwachen  
Böglingen Knüttel- und Faustübungen hält und dadurch diese  
Kinder für ein besseres humanes Menschengefühl abstumpft. So  
erhielt z. B. mein im 10. Jahre stehender, wegen früherer Krank-  
heit (Scharlachfieber und Lungenentzündung) geistig schwächerer  
Sohn wiederholt an den sogenannten Herabgezogen wegen Nicht-  
könnens der üblichen Gesangbuchverse Schläge und am 15. Febr.  
sodiel, daß nach mehreren Tagen die Striemen und Flecke noch  
sichtbar waren. Ich werde Schritte thun, um diesem kaum der  
Schule entwachsenen Burschen dies saubere Handwerk zu legen,  
da von Seiten der Schulinspektion wenig gethan zu werden scheint.  
Sehr rathsam und das Beste wäre jedoch, wenn die Schul-  
gemeinde eine solche Prügelnatur nicht länger als Lehrer duldet,  
dieselbe vielmehr zum Steinbrechen verwenden. J.  
Franz Günther, Fabrikarbeiter.

Chemnitz, 8. Febr. Die Handhabung des Vereins- und Ver-  
sammlungsgesetzes durch den Polizeirath Urban in Zwickau  
im Herbst 1871, die bekanntlich darin gipfelte, alle von Arbeitern  
beruene Versammlungen, in denen über die soziale Frage ge-  
sprochen werden sollte, zu verbieten, wurde vom Parteigenossen  
Uhle in zwei Correspondenzen, die sich in den Nrn. 91 und 93  
des „Volkstaat“ vom Jahre 1871 befinden, kritisiert und die ver-  
schiedensten Verbote von ihm Gesetzesverletzungen u. s. w. genannt.  
Dr. Stadtrath Urban sowohl als der Gesamtstadtrath Zwickau  
fühlten sich dadurch nicht wenig beleidigt (!) und strengten gegen  
Uhle deshalb Klage an. Obwohl derselbe nun den Beweis der Wahrheit  
seiner Behauptung führte und zur Einspruchsverhandlung auch die  
nöthigen Zeugnisse hierfür benannte, die aber das Bezirksgericht zu  
Zwickau nicht abzuheben für gut befand, wurde er doch in beiden  
Instanzen zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt. — Auch die  
Nichtigkeitserklärung gegen das zweifelhafte Erkenntniß wurde  
verworfen. Ein danach eingereichtes Gesuch, den Beurtheilten zum  
Antritt seiner „Strafe“ Frist bis zum 1. Mai d. J. zu gewähren,  
wurde gleichfalls zurückgewiesen, und zwar, weil es „nicht genügend  
begründet“ gewesen sein soll. Uhle „sitzt“ nun gegenwärtig im  
hiesigen Bezirksgerichtgefängniß seine drei Wochen ab, und zwar,  
wie das ja selbstverständlich ist, mit gutem Humor. — „Von  
Rechtswegen“ steht unter den beiden erkennenden Urtheilen. Na-  
türlich, man wird in Sachen und im übrigen Deutschen Reiche  
Sozialdemokraten stets „von Rechtswegen“ verurtheilen.  
Ganz ohne Nutzen sind diese beiden Correspondenzen aber doch  
nicht gewesen. Denn wie der Herr Stadtrath Urban dem Ver-  
urtheilten in der Einspruchsverhandlung selbst mittheilte, ver-  
bietet er gegenwärtig keine Versammlung mehr. Den  
Beurtheilten wird dies Geständniß gewiß sehr angenehm berührt  
haben, und wollen wir nur hoffen und wünschen, daß Dr. Stadt-  
rath Urban hierbei endlich stehen bleibt und keinen Rückfall in  
das alte Fieber des Versammlungsverbotes bekommt. Denn et-  
was anderes als hoffen und wünschen, daß der Bürger die  
ihm gesetzlich gewährtesten Rechte ausüben darf, ist uns sowohl  
in Sachsen als auch im übrigen Deutschland trotz aller „glor-  
reichen Errungenchaften“ nicht geblieben. Vom Rechte, daß mit  
uns geboren, von dem ist leider nie die Rede.

Stollberg, 6. Februar. Am 2. Februar hatten wir Volksver-  
sammlung, die ziemlich gut besucht war. Parteigenosse Lyser aus  
Chemnitz hielt einen Vortrag über: „Unsere Ziele“, der allseitig  
beifällig aufgenommen wurde und guten Erfolg hatte; es traten  
eine schöne Zahl der Anwesenden der Partei bei.  
Zu dieser Versammlung waren auch Parteigenossen aus ver-  
schiedenen Orten des 19. Wahlbezirks erschienen und beschloß man  
dann im engern Kreise, Stollberg zum Centralort zu ernennen  
mit der Verpflichtung, daß sich daselbst ein Agitationscomite con-  
stituire, welches mit dem Ausschuss in Verbindung trete um in  
nächster Zeit eine Agitation von Ort zu Ort im ganzen 19. Wahl-  
bezirk in's Leben zu rufen.

Zu dem Behufe wird es nun allerdings erste Aufgabe der Par-  
teigenossen an jedem Ort sein, daß sich dieselben — und wenn ihrer  
noch so wenige sind — organisiren und dann die Adresse ihres  
Vertrauensmanns an das Agitationscomite gelangen lassen, dann  
aber haben die Parteigenossen jeden Ortes des 19. Wahlbezirks den  
etwaigen Anordnungen des Agitationscomites Folge zu leisten.  
Die vorläufige Verpflichtung des Agitationscomites besteht darin:  
1) Jedem Ort über Parteiangelegenheiten die gewünschte Auskunft  
zu erteilen. 2) Auf Verlangen Material, als: Karten, Organisation,  
Programm, Stempel, Aufrufe, Placate, Circulare u. s. w. theils  
gratis, theils für den Kostenpreis zu übermitteln. 3) Agitatoren  
kommen zu lassen. Für Reisepesen wird dann jedenfalls der Aus-  
schuss aufkommen, sodas bei einer planmäßigen Agitation die Par-

teigenossen an denjenigen Orten, wo Volksversammlungen abgehalten werden sollen, nur für das Local der Versammlung, Logis und Kost auf einen Tag für den Agitator zu sorgen brauchen. Sobald sich das Agitationscomité constituirt hat, was in 2 bis 3 Wochen geschehen sein wird, werden die betreffenden Orte, und Adressen von Parteigenossen im „Volksstaat“ veröffentlicht.

Im Auftrage: Ch. Friedrich Kreuzel,  
rechte Brückenstraße.

**Flauen, 16. Februar.** Gestern fand eine von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher Herr Jork aus Hamburg als erster, Herr Motteller aus Crimmitschau als zweiter Referent über die „soziale Frage“ sprachen, Zweck und Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erläuterten, und zum Beitritt zu derselben aufforderten. Obgleich in der Versammlung alle Klassen der Bevölkerung vertreten waren und auch aufgefördert wurden, ihre etwa abweichenden Ansichten auszusprechen, meldete sich doch Niemand zum Wort, so daß man annehmen darf, daß auch die Gegner, wenn auch nicht mit den Referenten einverstanden, doch nicht im Stande waren, ihn zu widerlegen.

Die Worte des Referenten machten einen entschieden günstigen Eindruck, und das Resultat der Versammlung war, daß sofort 160 Personen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beitraten, und 5 Thaler zur Förderung der allgemeinen Agitation beigesteuert wurden. Somit wäre der erste Schritt zur Ausbreitung der Partei im Voigtlande gethan. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozial-Demokraten geschlossen. — Vorwärts Arbeiter in allen Staaten und Städten Deutschlands zur weiteren regen Agitation, für Ausbreitung der Partei und des Parteiorgans „Volksstaat“.

**Aposda, 14. Februar.** Die Parteigenossen C. A. Reichelt und Dorn werden am 17. d. M. eine vom großherzoglichen Kreisgericht wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und Beamtenebeleidigung ihnen zuerkannte Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 2 Wochen antreten.

**Sof, 17. Febr.** Gestern Vormittag fand hier selbst eine Volksversammlung statt, in welcher Rienig zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der anwesende Polizeikommissär hatte den Vorsitzenden veranlaßt, der Versammlung die Mittheilung zu machen, daß Frauen und Minderjährige nach dem Gesetz keinen Zutritt haben. Da in dem Gesetz kein diesbezüglicher Passus vorhanden, so wird auf Antrag Dona's eine Beschwerde über den überwachenden Commissär an die vorgesetzte Behörde gerichtet werden. Hierauf hielt Jork einen längeren Vortrag und erklärte am Schlusse der Versammlung das Eisenacher Programm. Es traten der neugegründeten Parteimitgliedschaft noch mehrere Mitglieder bei und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei. Nach der Versammlung erhielten wir ein Telegramm der ebenfalls versammelten Kirchenamtlicher Freunde, wofür wir hiermit unsern Dank abgaben.

**Braunschweig, 17. Febr.** Am hiesigen Orte ist am 11. Febr. eine Mitgliedschaft der Internationalen Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer gegründet worden und zeichneten sich 75 Mitglieder ein; selbige beschloß sogleich auch eine Krankenkasse zu gründen, wozu auch heute die Statuten aus Dresden eintrafen. Wir haben uns also den Dresdener Brüdern angeschlossen. Zum Vorstande wurden gewählt: Heinrich Niele, Bevollmächtigter, Schöppenstedterstraße 50; Carl Bod, Kassirer, Kassenstraße 5; August Renan, Schriftführer, am Mangniethore. Wir hoffen hier groß und stark zu werden bei einigermaßen reger Agitation.

Mit Gruß und Handschlag der Bevollmächtigte.  
**Söln, 16. Februar.** Der Strike der hiesigen Leinwandweber ist mit nur geringem Erfolge als beendet zu betrachten. Näherer Bericht folgt.

**Elberfeld, 4. Februar.** Schon seit Monaten gab es hier in der alten Feste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine kleine Schaar vorurtheilsfreier Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche jedoch den Anhängern des „Neuen“ gegenüber gezwungen war, im engeren Kreise sich zu bewegen, da die weltberühmte „Toleranz“ der Herren Fried & Comp. ein öffentliches Auftreten als unmöglich erscheinen ließ. Als Parteigenosse Scheil aus Breslau auf seiner Durchreise von Erfeld hier eintraf, beschloß wir jedoch, den ersten Versuch zu machen und beriefen auf gestern Abend eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „die Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ — Die alten Koryphäen des „Neuen“ rüsteten sich natürlich in gewohnter Weise zum Streit. Das Bureau kam in ihre Hände, zugleich war aber ein schriftlicher Antrag auf viertelstündige Redezeit eingelaufen, welcher jedoch, vom Vorsitzenden als verfrüht bezeichnet, wieder zurückgenommen wurde. Scheil erhielt zuerst das Wort und entledigte sich seiner Aufgabe in einer Weise, die den ungetheilten Beifall der Versammlung hervorrief. Dresden, Agitator des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, hatte sich zum Wort gemeldet, verzichtete aber wieder darauf, und nun trat Fried aus Barmen auf. Die Versammlung, welche bisher in größter Ruhe verlaufen war, mußte nothgedrungen bei den Entstellungen und Verläumdungen, ja bei den direkten Tügen dieses alten Kämpfers, welcher kein Mittel unversucht ließ, die Leidenschaften aufzuregen, einen unruhigen Charakter annehmen. Obermann aus Reivoges bei Elberfeld fertigte ihn trotz der beschränkten Redezeit (von 10 Minuten) gehärend ab. Nun aber betrat Dresden die Tribüne, und was Fried an Tüge, Verläumdung und persönlichen Angriffen noch übrig gelassen hatte, wurde von diesem sauberen Spießgesellen in komisch-theatralischer Weise zum Besten gegeben. — Es half uns alles Nichts, wir waren die Spießgesellen Schweiger's und hatten die Versammlung einberufen um den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu sprengen, und bei der nächsten Reichstagswahl Zersplitterung und Uneinigkeit hervorzurufen. Scheil erhielt noch einmal das Wort und trat diesem Unsinne entschieden entgegen; als aber unser Parteigenosse Gilmann, welcher von Fried persönlich in verläumderischer Weise angegriffen war, sprechen wollte, brach der Tumult los, man versuchte sogar gewaltthamer Weise ihn von der Tribüne zu entfernen. Und es gelang dem Vorsitzenden nicht, die Ruhe vorläufig wiederherzustellen. Angewidert durch dieses Treiben verließ ein großer Theil der Anwesenden den Saal. — Fried und der erste Renegat Carl Klein gelangten noch einmal zum Wort und schämten sich satt. — Der „Neue Sozialdemokrat“ wird nun wohl einen großen Sieg über die Eisenacher „Ehrlichen“ zu verzeichnen haben, aber Augenzeugen und auch die hiesigen Leser des Neuen müssen wie einst König Phyrchus sagen: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.“

Der Vertrauensmann R. Schred.

**Nemda, 11. Februar.** Am Sonntag, den 9. d. M. wurde hier eine ziemlich bedeutende Volksversammlung abgehalten, in welcher Herr C. A. Reichelt aus Apolda referirte. In einer weitläufigen Rede, ohne von unsern Gegnern, welche C. A. Reichelt verschiedenes Mal aufforderte, ihn zu entgegnen, belästigt zu werden, und unter allgemeinem Aplaus der ganzen Versammlung entwickelte er unsere Grundzüge.

Nachdem die Rede beendigt wurde zur sofortigen Constituirung

des Vereins geschritten, und noch im Laufe des Abends zeichneten sich 30 Mitglieder in die Listen ein.

Abends hielt Herr C. A. Reichelt noch einen Vortrag über die Entstehung der Gewerkschaften, der ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Theodor Martin, Schriftführer.

P. S. Alle Briefe u. s. w. sind vorläufig an den Obigen zu richten.

**Genf.** Die sozialistische Schriftstellerin Paula Mink (früher in Rouen u. Paris) ist hier gestorben.

### Zur Entgegnung.

Die Nr. 19 des „Neuen Sozialdemokrat“ enthält nachstehende Bemerkung:

Wir wollen nicht bekämpfen, daß der geldbedürftige „Volksstaat“ und Herr Jork, der wieder eine Extrasteuer angeschrieben hat, sich das „Recht“ zueignen, von ihren Mitgliedern die „Tugend“ opferwilligen Zahlens zu fordern. Eben so wenig zu bestreiten ist aber auch, daß die Mitglieder das „Recht“ haben, von den Leitern ihres Parteiorgans die „Tugend“ prompter spezieller Abrechnung zu fordern, die seit 1869 noch nicht erfolgt ist. Das, was diesbezüglich laut Protokoll des Mainzer Kongresses geleistet ist, bis zu den 200 Thlrn., welche laut „Volksstaat“ der Großfabrikant Spindler für Vebel's Wahlsteuer und welche auf noch unaufgekärte Weise auf die Hälfte zusammengekrümpten, wird wohl Alles nicht besonders geeignet sein, die Mitglieder anzuspornen, neue Gelder aufzubringen. Ja, wir bezweifeln selbst, daß Herr J. V. von Schweiger, ihre neueste Akquisition, im Stande sein wird, gründliche Ordnung in die Finanzen der Eisenacher „Ehrlichen“ zu bringen.

Obgleich ich mich mit der Redaktion genannten Blattes nur höchst ungern befaße, halte ich es doch für geboten, hierauf Folgendes zu erwidern:

Obige Bemerkung des „Neuen Sozial-Demokrat“ ist eine gemeine Lüge, eine nichtswürdige Persidie.

Die Redaktion des „N. S. D.“, die genug zu thun hätte, wenn sie vor der eignen Thür sagte, das eigne Haus rein hielte, hat am allerwenigsten das Recht, sich um Sachen zu kümmern, die sie absolut nichts angehen. Es hiesse derselben zu viel Ehre anthon, mich auf weitere Auseinandersetzung mit Leuten einzulassen, die zu solchen Verdächtigungen ihre Zucht nehmen müssen, um die steigende Unzufriedenheit im eignen Lager zu unterdrücken und in echt pharisäischer Weise an ihre Brust schlagend auszurufen: „Was sind wir, die Herren des N. S. D. doch für „ehrlche“ Menschen!“

„Prompte specieller Abrechnung“ des allgemeinen deutschen Arbeitervereins hat bis jetzt weder der „N. S. D.“ noch ein Generalversammlungsprotokoll veröffentlicht, und ist es uns deshalb noch niemals eingefallen, in gleicher Weise wie der „N. S. D.“ dies in Nr. 19 thut, zu behaupten, daß der Verein seit 1869 noch nicht Abrechnung gelegt habe.

Falls die Herren vom N. S. D. indeß wirklich das Bedürfnis fühlen sollten, sich über die Lage unserer Klassenverhältnisse resp. Rechnungsabläufe des Näheren zu informieren, so verweise ich dieselben hierdurch an unsern Vertrauensmann in Berlin, es diesem überlassend, ob er es der Mühe werth hält, gegen Einsichtnahme in die Abrechnung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Red. des N. S. D. das Gleiche zu gestatten.

Leipzig, den 17. Februar 1873. Theodor Jork.

### Fond für pol. Gemafregelte.

Von R. Köstner in Froburg 15 Gr. Von der Metallarbeitergewerkschaft 1 Thlr. Von Parteigenossen in Mülsen St. Nicola für die Herren V. B. 4 Thlr. Von Lanzendorf in Großenhain 18 Gr. 5 Pf. 3. Emmerich in — 1 Thlr. 5 Gr.

### Zum Reichstagswahlfond Vebel-Viebfnecht.

Von Heinrich in Würzburg 1 Thlr. 4 Gr. 5 Pf.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen ertheilt ferner: in Meerane: Volksverein Thlr. 2., Manufakturarbeitergew. 1.; in Witten: C. B. 1., Th. 3. 1., C. B. 1., F. F. 1., H. B. 1., Arbeiter-Bildungsverein 1.; in Stuttgart: Th. K. 4., A. F. M. 3., Dr. W. 1., G. R. 1., M. W. 1., B. B. 1., U. S. 1., R. T. 1.; in Pforzheim: J. St. 15 Gr., J. St. Thlr. 1., J. G. 1., A. B. 1., M. P. 1.

### Briefkasten

der Redaktion: C. Benzel in Witten: Die mit 87 Unterschriften versehene Adresse ist an Vebel abgegangen. Karl Heinrich in Würzburg: Wir überliefern alle an uns gesandten Gelder der Expedition, die auch die Quittung ausstellen hat. Ihre fl. 2. 3. finden Sie unterm 1. Februar in dem Expeditionsbüchlein unter dem Namen Heinrich Prambacher verzeichnet. Die falsche Angabe des Namens ist der Unverständlichkeit der Adresse geschuldet. W. in G. bei A.: So viel uns bekannt, ist Ihre Angelegenheit schon in München erledigt worden.

der Expedition: Japke in Breslau 4. Du. 1 Thlr. 18. Gr., 1. Du. 9 Thlr. Wald in Langenbielau 1. Du. 5 Thlr. für Schriften 3 Thlr. Kauls in Reivoges für Schriften 28 Gr. — Schulz in Hamburg: Die Lesung 6 hat Zeit bis April, die Fig. 4 und die betr. Volksstaate bitte aber baldigt zu senden. Heinsch in Berlin: Die Annonce des Arbeiterfestes wurde aus Versehen der Druckerei nochmals abgedruckt. Eine Verrechnung hierfür findet selbstverständlich nicht statt. Engelhard in Wiesbaden Abon. 1 5 Thlr. Günter in Begeles für Schrift 4 Gr. Wolte in Döbeln für Kalender 6. 10., Kalender sind alle vergriffen. H. Müller in Oberpaffendorf Schrift 5 Gr. Wehborn in Crimmitschau: Die 3 Thlr. 20 Gr. erhalten, die Bestellung wird besorgt. Von dem Soldatenliedprozeß haben wir noch eine ziemliche Anzahl, welche wir demnächst retourniren werden. Neuminger in Nürnberg: Bitte die Schriften rasch zu senden. Der Antihyllabus ist derselbe, nur fehlen wir bei der sechsten neuen Auflage den Namen des Autors dazu. Hoch in Regensburg: Senden Sie den Betrag in Briefmarken. Senf in Gera für Schriften 3 Thaler. Heinz in Dorn: Kalender vergriffen. Beck in Hannover für Annonce der Arbeiterpartei 5 Gr., für sozialdem. Arbeiterverein 1 Thlr. 2 Gr.

### Berichtigungen.

In der politischen Uebersicht der Nr. 14 sind auf der 3. Spalte der 2. Seite Zeile 40 von unten vor den Worten „des politischen Gründertums“ leider mehrere Zeilen ausgefallen. Die bet. Stelle muß lauten: „und der Umstand, daß an jedem Thaler der Dotationen ein verzerrtes Menschenleben und eine vernichtete Existenz, steht, spricht wohl kaum zu Gunsten der „Dotation“ gegenüber der gemeinen „Provision“, die höchstens ein paar Duzend Familien nützt, welche sich aus Verzweiflung

eine Kugel durch den Kopf gejagt haben, und ein paar Tausend ruinirten Existenzen auf dem Gewissen hat. Die „Dotation“ ist die „Provision“ des politischen Gründertums u. s.; 26 Zeilen weiter unten muß es heißen: „den Biedermann'schen Gedanken ausgedacht (s. ausgebeutet); und auf der 5. Zeile des letzten Absatzes der vorhergehenden Spalte ist das Wort Stroußberg vor „diesem motorischen Betrüger“ weggelassen. In Nr. 11 Recension der Remminger'schen Broschüre: „Die Freimaurer“, muß es statt „einflussreiches Unternehmertorps“ heißen „... Unterthanentorps“.

### Anzeigen zc.

**Berlin.** Das Arbeiterfest kann, da die Schwierigkeiten noch im nicht beseitigt sind, am 22. Februar nicht stattfinden. Wir bitten alle Diejenigen, welche Willens vertrieben haben, ihren Namen mitzutheilen, daß das Fest erst Monat März stattfindet. Die Näheren durch spätere Anzeigen.

**Berlin.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 24. Februar Abends 8 Uhr Parteiversammlung bei Breitschneider, Gartenstraße 13. 14. Tagesordnung: Die Proklamirung der Republik in Spanien. Jedermann willkommen. Die Mitglieder bitte ich, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. A. Heinsch, Vertrauensmann.

**Hamburg.** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag, Abends um 9 Uhr in Danisch's Clublokal, Schaumburgstraße 14. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Parteitagung. Die Mitgliedskarten sind vorzuzeigen.

**Hamburg.** Posamentier- und Knopfmacherverein für Hamburg-Altona und Umgegend. Unterhaltungsabend und Ball unter gefälliger Mitwirkung der beiden Viedertafeln „Sängerbund“ und „Heiße“ am Sonnabend, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, Eberbade Clublokal, Jungbäumarkt 31, Hamburg. Karten à 8 Schillinge sind zu haben bei Herrn Lüders, neuhäuserstraße 92, Traumann, Dragonerstraße 25 und v. Almdorben, St. Pauli, Langereihe 23. Der Vorstand.

**Leipzig.** Internationales Arbeiter-Gewerkschaft. Sitzung den 24. Februar bei Krenold, Reudnitzerstr. 10. Tagesordnung: Die Haftlostrantenlassen. Programm zu dem allgemeinen Gewerkschaftsfest werden verabschiedet. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Meerane.** Die hiesigen Parteigenossen bringen hiermit ihrem Freunde und Reichstags-Abgeordneten August Vebel zu seinem heutigen 33. Geburtstag mit der Hoffnung, daß er uns noch viele Jahre erhalten bleibe, die herzlichsten Glückwünsche. J. A.: E. Petermann, Schriftführer des Volksvereins.

**Mülsen St. Jacob.** Nächsten Sonntag, den 23. d. M. von Abends 7 Uhr an findet in Pilscheld's Restauration eine musikalische theatralische Unterhaltung unter Leitung des Musikdirectors Schnöke aus Pichtenstein und gütiger Mitwirkung des dramatischen Clubs des Volksvereins in Glauchau (Frank. und Gen.) statt. Zur Aufführung kommt der „Deserteur“ Lebensbild zur Charakteristik der lebenden Hede. — Die Parteigenossen der umliegenden Orte werden hiermit freundlichst eingeladen. Entree 2/3 Ngr. J. A.: J. B.

**Wiesbaden.** 2-3 Malergeräthen guten dauernde Arbeit gegen hohen Lohn bei Raser Reifert, Bleichstraße 1 in Wiesbaden. Auf Anfragen ertheilt Pöhl, Engelhard, Ludwigstraße 7 in Wiesbaden Auskunft.

**Gesucht** werden zwei tüchtige Schreinermeister auf Bauarbeiten bei guten Lohn und dauernder Beschäftigung. Am liebsten wären es Parteigenossen. Reivoges. Bernh. Almann, Schreinermeister.

**Allgemeiner deutscher Arbeiterverein** Heute ist die Broschüre erschienen: Zur Aufklärung der Wirren im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein.

Preis 15 Pf. in Hamburg zu beziehen in allen Zeitungs-Läden. Auswärtige Aufträge bittet man mit Einzahlung des Betrages franko zu richten an G. A. Strüver, bei der Stadtwaasermühle 3 in Hamburg.

**Sozialdemokratische Abhandlungen** von M. Kittinghausen.

Fünftes Heft: Widerlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwände.

Preis, äußerst billig gestellt, 6 Silbergroschen. Mit diesem (6 Druckbogen starken) Heft, welches sich den früher erschienenen auch dem Inhalt nach anschließt, liegt nun der Leser vor die direkte Gesetzgebung durch das Volk ein vollständiges Werk vor, das erste in deutscher Sprache. Manche für die Sozialdemokratie wichtige Fragen, z. B. die Prandishausche Idee der Anarchie, wird in den fünften Heft gründlich besprochen.

Gegen Franco-Einführung von 6 Sgr. 8 Pf. (in Briefmarken) an die Adresse: Kittinghausen, Köln, Gereonsstraße 36, erhält der Heft portofrei unter Kreuzband. Zusammen bezogen auf die Weise, kosten die fünf Hefte 17 Sgr.

**Paris.** Cafe-Biarritz-Bulle Ch. Faust 35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre. Dejeuners et Diners à tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volksstaat“, „Börner Wand“ und französische Zeitungen liegen aus. Hier Zureisenden wird bereitwilligst jede erwünschte Auskunft ertheilt. (m2h)

**New-York.** Session 1. der Internationalen Arbeiterassoziation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abends 8 Uhr im 10. Ward Post corner (Café) of Broome & Forsyth Str.

In der G. G. Zeh'schen Buchhandlung in Nürnberg ist zu haben

### Waffenpeitsche

von F. H. Zimmermann.

1. und 2. Band. Sammlung antikerliterarischer Aufsätze aus der Zeitschrift „Freiheit“. Per Band 18 Sgr. — Gegen Einföndung von 19 Sgr. in Marken oder Postenabteilung Frankoföndung. — Bestellungen hierauf nimmt entgegen die Buchhandlung des „Volksstaat“.

### Telegraphische Depesche.

Mainz, 20. Febr. Schuhmacherstreife ausgebrochen. Von Wolf ca. 300 Mann. Zuzug fern zu halten. G. Fuchs.

Leipzig: Gerant, Kavalier R. Seiffert, Redaktion und Expedition (Poststr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.